

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 1

Artikel: Rückzug aus dem Bundesrat
Autor: Stich, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341818>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rückzug aus dem Bundesrat

Rückblick

Lange habe ich mich gefragt, ob ich hinter diesen Titel ein Fragezeichen oder ein imperatives Ausrufezeichen setzen soll. Ich habe keines gesetzt. Ich habe mich an die Zeit vor zwanzig Jahren zurückerinnert, als ich gegen den Willen der Par-

Otto Stich

tei anstelle der vorgeschlagenen Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat gewählt worden bin. Es war ein klarer Entscheid gegen die erste Frau im Bundesrat. Die Enttäuschung von Partei und Fraktion war gross. Die Fraktion hat mich vor meiner Stellungnahme im Parlament zu ihrer Sitzung eingeladen. Der Empfang war kühl, um nicht zu sagen frostig. Ich erklärte, dass ich die Wahl annehmen werde, da eine Ablehnung mit Sicherheit auch nicht zur Wahl einer Frau führen würde. Diese Erklärung wurde ohne Opposition akzeptiert. Anschliessend wurde ich von Fraktionspräsident Dario Robbiani und Vizepräsident Walter Renschler in den Saal begleitet als äusseres Zeichen der Zustimmung der Fraktion.

Der am Schluss der Session einberufene Parteivorstand schlug hingegen die Durchführung eines ausserordentlichen Parteitages vor mit dem Antrag auf Austritt der SP aus dem Bundesrat. Um die damalige Stimmung aufzuzeigen, erinnere ich an eine Karikatur, die fünf übergross gezeichnete bürgerliche Bundesräte in Gala zeigt (siehe S. 24). Sie führen Pierre Aubert und

mich als kleine kläffende Hunde spazieren, wobei Kurt Furgler (CVP) und Rudolf Friedrich (FDP) die Leinen bereit halten.

Persönlich habe ich mir damals die politische Situation gründlich überlegt. Für mich war klar, die Rolle des Hündchens an der Leine der bürgerlichen Bundesräte wollte und konnte ich nicht spielen. Da hätte es für mich nur eine Konsequenz gegeben: Rücktritt und Austritt aus dem Bundesrat, denn als Feigenblatt für bürgerliche Politik darf die SP-Beteiligung nie dienen. Doch schon in den ersten Sitzungen und also noch vor dem Parteitag konnte ich feststellen, dass wir SP-Bundesräte voll anerkannt waren und die Diskussionen sehr offen geführt und gemeinsam nach den besten Lösungen gesucht wurde.

Am ausserordentlichen Parteitag hingegen wurde sehr lange und heftig über den Austritt der SP aus dem Bundesrat diskutiert, doch der Austritt am Schluss mit grossem Mehr abgelehnt.

Die heutige Situation

Der kommende Parteitag ist nicht notwendig wegen parteiinternen Problemen, sondern wegen des Ausgangs der Bundesratswahlen. Eine Standortbestimmung vorzunehmen ist umso notwendiger, als der Ausgang dieser Wahlen die schlimmsten Erwartungen noch übertrifft:

1. Mit der hervorragenden Wiederwahl unserer beiden Bundesratsmitglieder, zu

der auch ich herzlich gratuliere, wurde vermutlich weniger der verdiente Dank abgestattet, als Konkordanz zelebriert, um nicht zu sagen vorgetäuscht, um die SP einzubinden.

2. Konkordanz setzt unter anderem auch eine angemessene Vertretung aller Gruppierungen voraus. Die Wahl von Herrn Merz anstelle von Frau Beerli ist eine schwere Brückierung aller Frauen. Sie sind schliesslich keine Minderheit in unserem Land, sondern eine Mehrheit.
3. Diese Brückierung ist bewusst in Kauf genommen worden, um die Vorherrschaft des RB (Rechtsblock – früher SVP und FDP) im Bundesrat sicherzustellen. Er setzt sich für Wirtschaftswachstum, also ein grösseres Bruttonationalprodukt, ein, nicht aber für eine angemessene Verteilung. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die Arbeitslosen und Rentner werden auf ihre eigene Verantwortung hingewiesen. Es ist der Weg in die Zweiklassengesellschaft. Die übrigen Mitglieder des Bundesrates haben in der generellen Ausrichtung der Politik kaum eine Möglichkeit, sich durchzusetzen.

Mögliche Strategien der SP

1. Rückzug aus dem Bundesrat

Zweifellos werden viele Bürgerinnen und Bürger finden, die Beteiligung der SP im Bundesrat mache keinen Sinn, solange der RB über die absolute Mehrheit im Bundesrat verfüge. Doch so einfach sollten wir es dem RB wirklich nicht machen. Er soll sich auch mit anderen Meinungen auseinandersetzen müssen. Dabei darf es auch keine Maulkörbe geben. Die Öffentlichkeit soll schliesslich erfahren, wer in wichtigen Fragen eine andere Lösung bevorzugt hätte.

Vor allem dürfte aber ein solcher Austrittsbeschluss nicht kurzfristig gefasst werden. Schliesslich ist erst abzuwarten, wie sich der Bundesrat bei der Beratung der

Geschäfte verhält. Auch bei dieser Zusammensetzung ist es möglich und übrigens auch zu hoffen, dass die Beratungen in freier und offener Aussprache geführt werden und die Interessen des Landes (und nicht nur die so genannten Wirtschaftsinteressen) im Vordergrund stehen. Wie ich bereits einleitend dargelegt habe, gäbe es für mich nur einen Grund zum Rückzug aus dem Bundesrat, nämlich eine unfaire und diskriminierende Behandlung unserer Mitglieder. Das würde sich weder Micheline Calmy-Rey noch Moritz Leuenberger gefallen lassen. Doch in den nächsten Jahren darf ohnehin keine SP-Vakanz entstehen, damit Bundesrat Blocher doch einige Jahre auf seinem ungeliebten und für ihn schwierigen Departement festgenagelt bleibt.

Die Nachteile eines Rückzuges aus dem Bundesrat wären auf jeden Fall grösser als die Vorteile. Nach einem einmaligen «Hurra» würde die Partei rasch in den Hintergrund gedrängt, weil uns die Aushängeschilder fehlten und wir für Wählerinnen und Wähler weniger attraktiv wären. Und über eine Medienmacht verfügen wir auch nicht wie die der Wirtschaft nahe stehenden Parteien, deren Lieblinge noch hochgejubelt werden, selbst wenn sie Fehler machen.

Würdigt man alle Argumente, so wird auch sofort klar, dass ein späterer Wiedereintritt in den Bundesrat nicht einfach wird. Vor allem könnte es Jahre, Jahrzehnte dauern, bis wir wieder so weit wären. Und wenn die Linken auch dann nicht die Mehrheit hätten im Parlament, so wären wir wieder auf bürgerliche Wahlhilfe angewiesen. Und damit höchstens gleich weit wie heute.

Eine Politik des «Alles oder Nichts» wird nur den RB stärken, wie bereits die Politik der PdA bei den Bundesratswahlen gezeigt hat. Der Bürgerblock wird zufrieden sein, die Frauen weniger.

Fazit: Ein Rückzug aus dem Bundesrat sollte am Parteitag kein Thema mehr sein: Also kein Fragezeichen und noch weniger

**Der einzige
Austrittsgrund
wäre die
unfaire und
diskriminierende
Behandlung der
SP-BundesrätInnen.**

ein Imperativ. Dafür aber eine Standortbestimmung für die Zukunft.

2. Notwendige Strategien

Wenn wir wenig Chancen haben, uns in Bundesrat und Parlament durchzusetzen, so müssen wir die Interessen der grossen Mehrheit des Volkes speziell mit den Volksrechten wahrnehmen, sonst wird die Schweiz zur Zweiklassengesellschaft. Dabei wollen wir aber nicht Opposition um ihrer selbst willen, sondern auf wichtigen Gebieten die Richtung weisen. Wir müssen den Handlungsspielraum des RB einengen und auf jeden Fall verschiedene gravierende Fehler verhindern. Dazu haben wir jetzt bei Referendumsentscheiden sehr gute Möglichkeiten. Statt eine Flut von Initiativen auszulösen, sollten wir uns deshalb auf diese wichtigen Gebiete konzentrieren.

1. Finanzen

Die Finanzen des Bundes sind in einem katastrophalen Zustand und eine Sanierung notwendig.

Finanzpaket = Steuergeschenk an die Reichen

In einer Situation mit Riesendefiziten und einer ungeheuren Verschuldung Steuergeschenke zu Gunsten der Reichen zu machen ist dumm und unverantwortlich. Finanzpolitisch ist dieses Paket falsch und dazu völlig unsozial, denn eine allein erziehende Mutter, die beispielsweise als Verkäuferin arbeitet, wird keinen Rappen profitieren. Wenn dieses Paket als familien- und kinderfreundlich verkauft wird, ist dies nicht Fliegenfängerei, sondern Täuschung und Stimmenfang. Dem RB geht es hier nicht um eine vernünftige Finanzpolitik, sondern um die Demontage des Staates mit allen Mitteln. Betroffen sind durch das Steuergeschenk von 4 Milliarden aber auch die Kantone. Steuergeschenke bei 3 Milliarden Budgetdefizit und rund 130 Milliarden Schulden lassen sich unter keinem Titel vertreten. Der Staat wird ausgehöhlt, und die Schicht, die

in den letzten Jahren in der Wirtschaft Boni abkassiert hat, will sich jetzt auch noch beim Staat bereichern. Da braucht es wirklich alle, um diese Katastrophe zu beenden.

Zur Sanierung der Finanzen ist natürlich immer Sparen angesagt.

Doch Sparen ist in der heutigen Zeit ein zweischneidiges Schwert: Zu einfach sind die Rezepte der Wirtschaft mit Entlassungen zur Erhöhung des Reingewinnes und der Arbeitslosigkeit. Man beklagt die Sozialausgaben des Staates, schiebt aber gleichzeitig diese Lasten zwecks Erhöhung der Gewinne auf den Staat ab.

Sparen kann man aber, wenn die Infrastruktur im Verkehr direkt finanziert wird statt Schuldenberge anzuhäufen. Der Fonds für Eisenbahngrossprojekte ist völlig wertlos, denn statt non-valeurs zu aktivieren, rechnet man besser direkt über die Staatsrechnung ab und gibt nur so viel aus, wie man direkt finanzieren kann.

Sparen kann man aber auch, wenn man nicht immer nur von der Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene spricht, sondern es tatsächlich auch tut.

2. Sozialpolitik

Meines Erachtens darf die SP keiner Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr zustimmen, auch nicht zur Finanzierung der AHV. Diese Steuer wirkt nicht nur gleich wie eine Rentenkürzung, sondern verhindert auch die wirtschaftliche Erholung. Eine hohe Mehrwertsteuer fördert die Schwarzarbeit und damit naturgemäss die Arbeitslosigkeit.

Für die AHV müssen wir aber eine Initiative starten für eine eidgenössische Erbschaftssteuer. Sie ist auch notwendig angesichts der zunehmenden Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung und auch eine Notwendigkeit für eine minimale Chancengleichheit. Denn gerade weil die untersten Einkommensklassen keine Zweite Säule haben, wäre eine reale Anhebung der minimalen AHV-Rente eine notwendige Verbesserung. Aber auch

**Für die AHV
müssen wir eine
Initiative starten
für eine
eidgenössische
Erbschaftssteuer.**

die obligatorische Zweite Säule muss unter die Lupe genommen werden. Sie dient heute oft mehr den Versicherungsgesellschaften als den Versicherten.

3. Umwelt

Bekanntlich ist die Schweiz noch immer in der Spitzengruppe der Luftverschmutzer. Deshalb und angesichts der hohen Infrastrukturkosten muss der Strassenverkehr erheblich stärker belastet werden, damit diese Kosten durch Benutzer- oder Verursacherabgaben und nicht durch Steuergelder gedeckt werden müssen. Die für den Strassenverkehr reservierten Steuergelder müssen eingeschränkt und für den Schienenverkehr eingesetzt werden. Schliesslich sollten wir freiwillig das Kyoto-Protokoll bei uns umsetzen, auch wenn die USA und Russland noch immer die Inkraftsetzung verhindern.

Die Umsetzung der Strategien

Heute hat die SP ein gutes Image. Die positiven und negativen Ergebnisse haben grosse Erwartungen geweckt. Diese Situation müssen wir nutzen zur Durchsetzung der Strategien via Volksrechte, gleichzeitig aber auch zu einer massiven Werbung.

Der Parteitag muss zum Anstoss werden für die vollständige Aktivierung der jungen und alten Parteimitglieder. Deshalb müssen an diesem Parteitag alle Sektionen vertreten sein, damit der Anstoss im ganzen Land wirkt und alle unsere Mitglieder sich für unsere Partei einsetzen.

Die Bewährungsprobe ist die Abstimmung über das Steuergeschenk. Wir müssen die Ablehnung erzwingen, um eine unmögliche und falsche Finanzpolitik zu verhin-

dern, die nur die Unterschiede zwischen Reich und Arm vergrössert und zur Zweiklassengesellschaft führt. Das müssen wir verhindern.

Deshalb müssen vor dieser Abstimmung, und übrigens auch bei allen andern wichtigen eidgenössischen Vorlagen, von allen Sektionen besondere öffentliche Veranstaltungen zu den Themen durchgeführt werden, damit eine breite Öffentlichkeit erfährt, um was es tatsächlich geht und wie wichtig die Abstimmung für alle ist.

Gleichzeitig ist Werbung sinnvoll, vor allem bei den Frauen. Sie haben jetzt sehen können, dass die SP faktisch die einzige Partei ist, welche die Frauen ernst nimmt und sie als gleichberechtigt und gleichwertig behandelt. Sinnvoll ist Werbung auch bei Arbeitslosen. Deshalb laden wir sie an unsere Veranstaltungen als vollwertige Mitglieder ein, auch ohne Mitgliederbeitrag während der Arbeitslosigkeit.

Der Parteitag muss zum Signal werden für die künftige Politik. Den ersten Erfolg müssen wir bei der Ablehnung des Steuergeschenkes erreichen. Ein Sieg ist zwar immer schön. Doch hier müssen wir gewinnen, um den vom RB programmierten Absturz in die Zweiklassengesellschaft zu verhindern.

Der Einsatz lohnt sich. Aber es kommt auf jeden Einzelnen an.

Otto Stich ist Ökonom und war von 1963 bis 1983 SP-Nationalrat. 1983 wurde er anstelle der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat gewählt. Dort vertrat er die SP bis 1995.



